

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Ruttig und Heinz Werner Wessler

Bisher opferreichster Selbstmordanschlag

Bei einem Selbstmordanschlag in der nordafghanischen Provinz Baghlan wurden am 6. November ca. 75 Menschen getötet und zahlreiche andere verletzt. Ein Mann sprengte sich in die Luft, als ein Konvoi mit Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses des Parlaments an der Zufahrtsstrasse zu einer Zuckerfabrik in der Stadt Pul-e Khumri Halt machte, um wartende Schulkinder zu begrüßen. Neben 59 Kindern, zahlreichen begleitenden Lehrern und Angehörigen des Fabrikpersonals gehören sechs Parlamentsabgeordnete, darunter der ehemalige Handelsminister Seyyed Mustafa Kazemi, zu den Getöteten. Damit ist der Anschlag der bisher opferreichste in der Geschichte des Landes. Bisher hat keine Gruppierung die Verantwortung für die Tat übernommen. Mehrere Untersuchungskommissionen, darunter vom Parlament, sind vor Ort. Innenminister Zarar Moqbel beschuldigte die Taliban, die eine Beteiligung jedoch abstritten. Ein Parlamentsabgeordneter erklärte, bei dem Täter handele es sich um einen Ausländer. Die Zuckerfabrik von Baghlan wird mit deutschen Geldern wiederaufgebaut. Deutsche waren nicht unter den Opfern. Präsident Hamed Karzai ordnete drei Tage Staatstrauer an.

Bundestag verlängert Bundeswehreinsatz

454 von 581 Abgeordneten des deutschen Bundestags haben mit ihren Stimmen auf Antrag der Regierung die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Rahmen der Isaf-Schutztruppe in Afghanistan um ein weiteres Jahr beschlossen. Dafür stimmten die Koalitionsfraktionen sowie die FDP, die Linksfraktion votierte gegen die Verlängerung des Einsatzes um ein Jahr. Die Grünen-Fraktion enthielt sich mehrheitlich, obwohl sie die Isaf-Mission zur Absicherung des Wiederaufbaus grundsätzlich unterstützt. 79 Abgeordnete stimmten gegen den Antrag, 48 enthielten sich der Stimme. Das Mandat umfasst bis zu 3 500 Soldaten sowie die sechs Tornado-Aufklärungsflugzeuge. Die Kosten allein für den Isaf-Einsatz im kommenden Jahr werden auf 487 Millionen Euro beziffert. In einer gesonderten Abstimmung entschied sich der Bundestag mit 414 gegen 145 Stimmen bei 15 Enthaltungen vier Wochen später im November auch für eine Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der *Operation Enduring Freedom* (OEF) mit bis zu 1 400 Soldaten.

Merkel-Besuch in Afghanistan

Im Anschluss an ihre viertägige Indienreise legte Bundeskanzlerin Merkel auf dem Rückweg in Afghanistan überraschend einen Zwischenstopp ein. Ihr erster Besuch in Kabul fand unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen statt und war bis zuletzt geheim gehalten worden. Zuerst besuchte Merkel das Hauptquartier der internationalen Afghanistan-Schutztruppe Isaf in Kabul. Dort führte sie ein ausführliches Gespräch mit dem Uno-Sonderbeauftragten Tom Koenigs, dem Leiter der Polizeimission Eupol, Jürgen Scholz, dem Oberkommandierenden der Isaf, US-General Dan McNeill, und dem Kommandeur des deutschen Isaf-Einsatzkontingents, Brigadegeneral Dieter Warnecke. Bei einem anschließenden Treffen mit Afghanistans Präsident Hamid Karzai betonte Merkel, dass deutsche Soldaten im vergleichsweise ruhigen Norden des Landes bleiben sollten, schloss aber kurzfristige Einsätze im umkämpften Süden nicht aus. Merkel stellte Karzai in Aussicht, sich persönlich für eine Erhöhung der Zahl deutscher Polizeiausbilder in Afghanistan einzusetzen. Bislang gibt es nach ihren Angaben 42 Ausbilder.

Ulema wollen Todesurteil für Koran-Übersetzer

Eine angeblich fehlerhafte Übersetzung des Koran ins Dari – die afghanische Variante des Persischen – durch einen afghanischen Journalisten hat zu Empörung im islamistisch dominierten Parlament sowie unter religiösen Gelehrten geführt. Nach Ansicht von Parlamentsabgeordneten habe Übersetzer Ghaus Zalmai, bis dahin Sprecher des Generalstaatsanwalts und nicht als liberal bekannt, Passagen zu Homosexualität und Ehebruch "fehlinterpretiert". Damit habe er eine eventuelle Spaltung unter den Muslimen begünstigt. Offiziell wird ihm vorgeworfen, den übersetzten Text nicht neben das arabische Original gesetzt zu haben. Zalmai, der nach Bekanntwerden der Affäre floh und an einem Grenzübergang zu Pakistan verhaftet worden war, sowie dem Verleger der Übersetzung drohen jetzt schwere Strafen. Das afghanische Staatsfernsehen meldete, der Oberste Ulema-Rat des Landes habe gefordert, Zalmai müsse als Abtrünniger hingerichtet werden, wenn sich die Beschuldigungen gegen ihn als zutreffend erwiesen. In einem Treffen mit Präsident Karzai forderte der Ulema-Rat einen schnellstmöglichen Prozess. Der entsprechende Zeitungsbericht erwähnte die Forderung nach einem Todesurteil nicht.

Amnesty sieht Foltergefahr beim Geheimdienst

Die Menschenrechtsorganisation *amnesty international* hat am 13.11. ISAF-Truppensteller aufgerufen, keine Gefangenen mehr an den afghanischen Geheimdienst NDS zu überstellen. Die Überstellten seien der Gefahr von Folter und anderen Formen unmenschlicher Behandlung ausgesetzt, heißt es in dem neuen AI-Bericht „Afghanistan: Detainees transferred to torture: ISAF complicity?“ Belgien, Großbritannien, Kanada, die Niederlande und Norwegen hätten Gefangene überstellt und teilweise nicht verfolgen können, wo die Gefangenen festgehalten würden. Die angesprochenen Länder wiesen diese Angaben scharf zurück. Zudem sei das Monitoring der Gefangenen, trotz bilateraler Abmachungen, lückenhaft. Amnesty forderte ein Moratorium für die Überstellungen sowie von der afghanischen Regierung, das Freiwillige Protokoll zur Anti-Folter-Konvention zu unterzeichnen sowie den UN-Sonderberichterstatter zu diesem Thema einzuladen. Inoffiziell hieß es in Kabul, von ISAF überstellte Gefangene würden tatsächlich nicht misshandelt, andere allerdings tatsächlich regelmäßig gefoltert. Am 6. November hatte Präsident Karzai bei einem landesweiten Seminar der Polizeichefs ein Ende der Folter gefordert. Es gebe „immer noch Fälle, in denen Menschen bedroht und sogar gefoltert werden“, sagte er. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler (SPD), betonte, die Bundesregierung habe sich in der Sache bereits mit den afghanischen Behörden in Verbindung gesetzt. Allerdings habe sie „bisher überhaupt keine Hinweise darauf, dass solche Dinge vorgekommen sind“.

Hinrichtungen wieder aufgenommen

Am 7. Oktober beendete die afghanische Regierung ihr Moratorium bei Hinrichtungen, das sie offiziell erst einmal im Jahre 2003 gebrochen hatte. 15 Gefangene, darunter solche mit politischem und Taliban-Hintergrund, wurden in der Nähe des berüchtigten Gefängnisses Pul-e Charkhi am Rande Kabuls erschossen. Dem prominentesten Kandidaten, Timur Shah, gelang jedoch unter Umständen die Flucht, die afghanische Medien als „chaotisch“ und „Abschlachtung am Wegesrand“ beschrieben. In- und ausländische Menschenrechtsorganisationen hatten kritisiert, dass zahlreiche Todesurteile nach unfairen Verfahren ausgesprochen wurden und auf erpressten Geständnissen beruhten. Etwa 175 weitere Menschen erwarten nach Todesurteilen ihre Hinrichtung in Pul-e Charkhi. Ihre Akten werden gegenwärtig von einer Regierungskommission geprüft. Einige waren nach den Hinrichtungen vom

7. Oktober in einen lang anhaltenden Hungerstreik getreten. Er kündigte weitere Hinrichtungen an. Beobachtern in Kabul zufolge hatte Präsident Karzai die Hinrichtungen angeordnet, um unter dem Druck der angespannten Sicherheitslage eine harte Hand zu beweisen.

Parlamentsbericht: Weibliche Häftlinge vergewaltigt

Eine Gruppe afghanischer Parlamentarier, die Gefängnisse besucht hatte, erklärte, die Situation dort sei schlimmer als im Amnesty-Bericht dargestellt. Einen Tag nach Bekanntwerden des Amnesty-Berichts beschuldigte die Gruppe Offizielle im Pul-e Charkhi-Gefängnis für Vergewaltigungen weiblicher Häftlinge verantwortlich und selbst daran beteiligt zu sein. Dies habe zu einigen Schwangerschaften geführt, so die Sprecherin der Gruppe, Fauzia Kufi, eine ehemalige stellvertretende Parlamentssprecherin. Die betroffenen Frauen wagten es nicht, diese Vorwürfe selbst zu erheben. Zudem gebe es UNODC-Angaben zufolge fast ebenso viele Kinder in afghanischen Gefängnissen wie Frauen – einfach weil die Kinder ihre Mütter begleiten müssten.

Karzai klagt Korruption an

In einer Rede hat Präsident Karzai scharf die Korruption im Land verurteilt. „Die luxuriösesten Häuser gehören entweder Regierungsbeamten oder Parlamentsabgeordneten“, sagte er am 13. November in Kabul vor Gemeindeentwicklungsräten. Er rief alle Afghanen auf, und „besonders jene, die Macht ausüben, dem Land zu dienen und es nicht auszubeuten“. Afghanistan wird auf dem Korruptionsindex von *Transparency International* auf Platz 172 von 180 Ländern geführt.

Konvertierungserfolg

Mit Freuden haben afghanische Medien den Entschluss eines US-Kommandeurs in der Provinz Ghazni aufgenommen, zum Islam überzutreten. Hauptmann Cormier Michel, der seit zehn Monaten 300 Mann im Distrikt Andar befehligte, habe bei einer Zeremonie vor 2000 Gästen am 1. November seinen Schritt öffentlich gemacht. Begrüßt mit Allahu-Akbar-Rufen erhielt er einen Koran und den Namen Abdul Wahed. Auf die Reaktion seiner Frau angesprochen, erklärte er, sie habe „keine negative Reaktion“ gezeigt, aber „empfohlen, keine weitere Frau zu ehelichen“.